

Die Bickenbacher Gemeindefinanzen - ein hausgemachtes Debakel !

von Ulrich Friedrich Koch

Zum Ende des Jahres 2002 fehlen der Gemeinde Bickenbach zum Ausgleich ihres Haushaltes knapp 1,6 Millionen €. Die Einnahmeerwartung aus der Gewerbesteuer musste deutlich reduziert werden. Saldiert mit der geringeren Gewerbesteuer-Umlage fehlen gegenüber der Finanzplanung von vor einem Jahr allein im Bereich Gewerbesteuer 1,275 Mio. €. Der Gemeindevorstand schlägt in seinem Entwurf zum Nachtragshaushalt 2002 vor, diese Summe als Fehlbetrag auszuweisen. Von der Kommunalaufsicht beim Landkreis, der zuständigen Genehmigungsbehörde, wird die Gemeinde aufgefordert, zur Deckung dieses Fehlbetrages vorhandene Finanzmittel aus der Rücklage einzusetzen. Mit dem Beschluss zum so geänderten Nachtragshaushalt am 31. Oktober 2002 wird die gemeindliche Rücklage von knapp 4,5 Mio. € zum Zeitpunkt Jahresende 2001 um gut 2,8 Mio. € auf knapp 1,7 Mio. € abgeschmolzen. Der Schuldenstand beträgt laut Haushaltsplan 2002 am Jahresende rund 2,5 Mio. €. Soweit die Fakten.

In seiner Haushaltsrede bemühte der sonst so nüchtern auftretende Fraktionsvorsitzende der CDU, Herr Franz, zur Erklärung für die Misere mit blumigen Worten die Auswirkungen des Terroranschlages vom 11. September in New York und der 'rot-grünen Chaosregierung' in Berlin: "Wir alle wissen genau, dass unsere Probleme nicht hausgemacht sind!" Sein Koalitionskollege aus der FDP, Herr Meyer, derzeit auch ehrenamtlicher Wirtschaftsdezernent beim Landkreis, sekundierte Herrn Franz mit dem derzeit fatal niedrigen 'Geschäftsklimaindex'. Bürgermeister Martini hatte bereits in seiner Haushaltsrede zur Einbringung des Nachtragshaushaltes 2002 die Steuerpolitik der Bundesregierung als Verursacher für die kommunalen Finanzprobleme ausgemacht.

Es stimmt, die Gewerbesteuereinnahmen sind zum Haushalt 2002 tatsächlich vorsichtig geschätzt worden und im Laufe des Jahres stark eingebrochen. In den letzten beiden Jahren waren solche Entwicklungen aber in anderen Gemeinden Südhessens, auch in unmittelbaren Nachbargemeinden, schon zu beobachten, es hat die Gemeinde Bickenbach nicht ganz unvorhersehbar getroffen. Die Gewerbesteuer ist eine 'launische Fee', die tatsächlich zu realisierenden Einnahmen zum Ende eines Haushaltsjahres nur schwer genau zu prognostizieren. Der frühere Abteilungschef Finanzen der Gemeindeverwaltung, Günter Keil, hat dies zu allen Haushaltsberatungen, an denen ich beteiligt war, immer wieder betont. Da muss man mit der Umsetzung von Bauvorhaben vorsichtig agieren und mit (Wahl-)Versprechungen zurückhaltend sein.

Die aktuelle Finanzmisere Bickenbachs ist hausgemacht. Hauptrisikofaktor ist der Bau der Umgehungsstraße und nicht die Entwicklung der Steuereinnahmen. Das für diesen Straßenbau zu erwartende Kostenvolumen sprengt die finanzielle Leistungskraft der Gemeinde - und alle unmittelbar Beteiligten wissen das.

Im Juli 1997 wurde von der Gemeindevertretung der Grundsatzbeschluss zum Bau der Umgehungsstraße mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Grünen gefasst. Die Grünen hatten zuvor vergeblich eine Machbarkeitsstudie beantragt, die unter anderem Klärung bezüglich den zu erwartenden Kosten und möglichen Zuschüssen von Land und Bund herbeiführen sollte. Die Kostenschätzungen für das Vorhaben bewegten sich in den gemeindlichen Investitionsplänen der Jahre 1997 bis 2001 von zunächst 5,5 Mio. DM auf zuletzt 7 Mio. DM. Wie im richtigen Leben auch verdoppelten sich die voraussichtlichen Baukosten mit der Euroumstellung: Im Investitionsplan zum Haushalt 2002 stehen die Ausgabeprognozen auf 7 Mio. €. Anlässlich der Haushaltsdebatte in der

Gemeindevertretung am 31.10.2002 bekannte die SPD-Fraktion, nicht zu wissen, was die Umgehungsstraße koste. Gemeindevertreter Daum: "Bis heute wurden uns durch den Gemeindevorstand keine Kostenaufstellungen für die Nordanbindung Gewerbegebiet vorgelegt." Bürgermeister Martini hatte der Gemeindevertretung zuvor berichtet, allein die Brücke über die Bahngleise werde laut Ausschreibungsergebnis 2 Mio. € kosten. Laut Bericht des Darmstädter Echo vom 2. September diesen Jahres erhält die Gemeinde für die Umgehung Landeszuschüsse in Höhe von gut 3 Mio. € - also erst 5 Jahre nach dem Baubeschluss besteht darüber wenigstens eine gewisse Klarheit. Erst bei den Haushaltsberatungen im Finanzausschuss der Gemeindevertretung am 24.10.2002 wurde vom Bürgermeister darüber informiert, dass diese Zuschüsse in mehreren Raten über viele Jahre gestreckt ausgezahlt werden, in den für die Gemeinde finanziell schwierigen Jahren 2004 und 2005 gebe es leider keine Zuschusszahlung. Aber wer weiß schon, wie sich die Finanzen des Landes Hessen unter dieser 'schwarz-gelben Chaosregierung' weiter entwickeln.....

Nach der Kommunalwahl im März 2001 haben CDU und FDP in Bickenbach eine Koalition begründet. Man hatte sich auf die Schwerpunkte geeinigt, die Umgehungsstraße zu realisieren und eine Haushaltspolitik ohne Neuverschuldung zu betreiben. Als sich zur Aufstellung des Nachtragshaushaltes 2002 die Deckungslücke abzeichnete, hatte man sich die Lösung clever ausgedacht: Die in früheren Zeiten -als CDU und FDP in der Gemeindevertretung noch keine Mehrheit hatten- angesparte Rücklage sollte für die Fertigstellung der Umgehungsstraße reserviert, also für die Investition zweckgebunden werden, die Fehlbeträge im laufenden Geschäft nach einer Sonderregelung der Gemeindehaushaltsverordnung über drei Jahre hinausgeschoben werden. Die Umgehungsstraße, so die Denke, hätte also ohne weitere Verzögerungen mangels Finanzmittel fertiggestellt und den WählerInnen als Erfolg rechtzeitig vor den nächsten Wahlen präsentiert werden können. Das Schuldenmachen wäre dann der allgemeinen, nicht selbst verschuldeten Finanzmisere angelastet worden. Dieser Taschenspielertrick wurde aber von der Kommunalaufsicht ausgebremst, die Koalitionäre 'abgewatscht'. Die Gemeindehaushaltsverordnung verbietet ausdrücklich die Zweckbindung von Rücklagen für investive Maßnahmen. Es geht also auf gar keinen Fall, einerseits beim Haushalten Schulden zu machen und andererseits gleichzeitig das angesparte Geld für den Weiterbau der Umgehungsstraße auszugeben. Gemeindevertreter Dixel von der SPD brachte es in der Finanzausschuss messerscharf auf den Punkt: "...Wir gehen zum Kaufmann und lassen anschreiben, obwohl wir ein Sparbuch besitzen...". Notwendige Konsequenz: Die Umsetzung des Bauvorhabens Umgehungsstraße muss gestreckt werden. Andernfalls droht der Gemeinde eine Neuverschuldung!

Dies alles spielt sich vor dem Hintergrund ab, dass offenbar nicht nur in der SPD, sondern auch in der CDU verstärkt am Umfang der prognostizierten Verkehrsentslastung für die Ortsmitte durch die Umgehungsstraße Zweifel aufkommen. Dies äußerte Gemeindevertreter Daum am 31.10.2002 in der Gemeindevertretung jedenfalls unwidersprochen.....

Wie fahrlässig die Koalitionäre CDU und FDP mit dem Geld der Gemeinde umzugehen bereit sind, zeigt der Umgang mit dem Thema Bürgerhaus. Vor der Wahl war ein Gutachten zur allseits als notwendig erachteten Sanierung des Bürgerhauses mit verschiedenen Umsetzungsvarianten erstellt worden. Im Wahlkampf tönte die CDU, sie werde sich für den Abriss des alten Bürgerhauses, Wohnungsbau auf dem dadurch freiwerdenden Gelände und für einen größeren und besseren Neubau an anderer Stelle zwischen Gärtnerweg und Tennisanlage einsetzen. Zum Haushalt 2001 stellten SPD und Grüne mehrheitlich insgesamt 1,5 Mio. DM zur Sanierung und Ausbau des Bürgerhauses in den gemeindlichen Investitionsplan für die Jahre 2002 bis 2004 ein. Dieser Beschluss wurde von der CDU abgelehnt aber kein eigener Antrag für einen Neubau und entsprechende Finanzmittel

eingebraucht. Mit Beschluss über den Nachtragshaushalt 2001 am Jahresende 2001 wurden diese Mittel von der neuen Koalition CDU und FDP ersatzlos aus dem Investitionsprogramm der Gemeinde gestrichen. Im Zusammenhang mit dem Beschluss der Gemeindevertretung am 24.09.2002 über den neuen Standort der abgebrannten Kindertagesstätte Höhsand am Bürgerhaus wird von CDU und FDP zugegeben, dass diese Standortentscheidung zwingend bedeute, das Bürgerhaus niederlegen zu müssen, weil dadurch erst benötigte Freiflächen entstünden. Die indirekte Verknüpfung dieser beiden Entscheidungen, die vielen BürgerInnen Bickenbachs bis heute weder klar, noch als Entscheidungsalternative beispielsweise auf einer Bürgerversammlung präsentiert worden ist, ist absolut unseriös. Die Koalitionsfraktionen wissen weder selbst, was das alles kosten soll, noch wann dies realisiert werden kann. Es wird lediglich mit Versprechungen jongliert. Derweil gammelt das alte Bürgerhaus unrenoviert weiter vor sich hin.

Seit dem Grundsatzbeschluss zum Bau der Umgehungsstraße habe ich bis zu meinem Ausscheiden aus der Gemeindevertretung im März 2001 bei allen Haushaltsberatungen auf die finanziellen Risiken des Baus der Umgehungsstraße für die Gemeinde und den damit verbundenen Effekt, dass auf Jahre hinaus keine sonstigen Investitionen in Bickenbach mehr realisiert werden können, hingewiesen und deshalb jeweils meine Ablehnung zu dieser Finanzplanung ausdrücklich zu Protokoll gegeben. Wie steht es mit der Gestaltung der Ortsmitte auf dem Rathausplatz? Was ist mit dem Ausbau des Rathauskellers? Wann kann das gewünschte Baugebiet am Gärtnerweg erschlossen und die Kreuzung B 3 / Bebel Straße entschärft werden? Was ist mit den notwendigen weiteren Maßnahmen zur Schulwegsicherung? Wie steht es mit der Schaffung weiterer Räumlichkeiten für Vereine? Wann ist endlich mit einem qualifizierten Internetauftritt der Gemeinde zu rechnen? Wie es aussieht Fehlanzeige. Und das scheitert nicht in erster Linie an Unfähigkeit oder Unwillen, sondern es fehlt an den erforderlichen Investitionsmitteln, die ja für die Umgehungsstraße 'reserviert' sind.

Es scheint noch schlimmer zu kommen, als ich in meinen kühnsten Träumen befürchtet hatte. Da ich selbst Bickenbacher Bürger und Steuerzahler und nicht nur politischer Kontrahent bin, erfüllt mich dies nicht mit Schadenfreude, sondern mit Wut!